

## **Dr. Johannes Knollmeyer – stellv. Vorsitzende der Fraktion HDE / BAVC**

„Meine Diagnose ist total klar: Die Gesetzliche Krankenversicherung ist krank. Und sie ist nicht zukunftsfähig aufgestellt. Über die angemessene Therapie wird derzeit heftig gestritten. Die Behandlung muss gleichzeitig Defizite auf der Einnahmen- und Ausgabenseite beseitigen. Die Zeit drängt, denn die Dynamik auf der Ausgabenseite ist ungebrochen. Mit Ausschleißeritis kommen wir auch nicht weiter. Es muss alles vorbehaltlos geprüft und dann entschieden werden. Jetzt ist Zeit und Gelegenheit mutige Reformen vorzubereiten und dann auch zeitnah in Gesetze zu gießen. Kommissionen können dabei die Verantwortung der Bundesregierung nicht übernehmen, sie können Vorschläge machen. Aber in der Verantwortung ist die Bundesregierung, dafür ist sie gewählt worden. Schnell wirkende Anpassungen auf Einnahmen- und Ausgabenseite müssen noch in diesem Jahr Entlastung schaffen. Sonst wird die Dynamik auf der Beitragssatzseite weitergehen. Eine weitere Runde der Erhöhung der Beitragssätze darf es nicht geben.

Auch mit der Anhebung der Bemessungsgrenzen muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Beiträge für ein freiwilliges Mitglied der DAK Gesundheit mit Höchstbeitrag haben die Schallmauer von 1.000 Euro pro Monat zum Jahreswechsel durchbrochen. Auch die Wirkung auf den Gesamtbeitrag müssen bei allen anstehenden Reformen gewürdigt werden. Ein freiwillig versicherter Rentner wird mit allen Einkünften verbeitragt. Das wird als sehr ungerecht empfunden. Die Belastung durch das gesamte Sozialversicherungspaket darf nicht mehr in der gleichen Geschwindigkeit zunehmen. Es droht der Verlust von Hochpotenzialen durch Abwanderung. Wenn ein Wissenschaftler aus den USA nach Deutschland kommt, und er wirft einen Blick auf seine erste Gehaltsabrechnung, dann kommen ihm die Tränen und er überlegt sich, ob er hier am richtigen Platz ist. Ein Land wie Deutschland lebt von den Erfindungen seiner besten Köpfe und der Wettbewerbsfähigkeit seiner Arbeitsplätze. Wohlstand, Beschäftigung und soziale Leistungen brauchen einen prosperierenden Wirtschaftsstandort. Wir haben in den Gremien der Sozialen Selbstverwaltung die Chance, daran in begrenztem Umfang gestaltend mitzuwirken. Darin liegt der Reiz der Zugehörigkeit zu diesem Verwaltungsrat und seinen Gremien. Vom Gesetzgeber fordern wir, den Rahmen so auszugestalten, dass wir unseren Beitrag dazu leisten können, dass Leistungen und der medizinische Fortschritt vollständig enthalten und in Zukunft auch finanzierbar bleiben. Mit dem bisherigen klein-klein kommen wir nicht weiter. Grundlegende Reformen unseres veralteten Gesundheitswesens sind dringend erforderlich.“